

# Weg frei für „dezentralen Maximalversorger“

Rastatter Kreistag und Baden-Badener Gemeinderat befürworten neue Struktur für Klinikum Mittelbaden

Von Harald Holzmann  
und Albert Noll

**Rastatt/Baden-Baden –** Nach den gestrigen Sitzungen des Rastatter Kreistags und des Baden-Badener Gemeinderats ist der Weg frei für eine grundlegende Umstrukturierung des Klinikums Mittelbaden. Um die wohnortnahe Versorgung zu erhalten, sei eine konsequente Zentralisierung medizinischer Leistungen, die Entwicklung hin zum dezentralen Maximalversorger, unabdingbar, sagte Geschäftsführer Jürgen Jung in den beiden Gremien noch einmal. Die Entscheidung für das „standortübergreifende medizinische Konzept für die Akutkliniken“ fiel in Baden-Baden einstimmig und in Rastatt einstimmig bei einer Enthaltung des Ex-AfD-Mitglieds Helmut Wessbecher.

Der Handlungsbedarf wurde deutlich im Jahresabschluss 2014 der von den beiden Kreisen getragenen Klinikum Mittelbaden gGmbH, der einen Fehlbetrag von rund vier Millionen Euro ausweist. Jung wies darauf hin, dass eine schwarze Null erreicht worden wäre, hätten nicht rund 3,4 Millionen Euro an Abschreibungen aus den Kapitalrücklagen entnommen werden müssen. Das Klinikum hat seit seiner Gründung vor elf Jahren 142 Millionen Euro investiert, lediglich die Hälfte wurde mit Fördermitteln finanziert: aus Sicht der Geschäftsführung auch ein Grund, warum das Klinikum in die Enge getrieben wird.

Das Unternehmen müsse „noch viel stärker zusammenwachsen“, so Landrat Jürgen Bäuerle (CDU), stellvertreten-



Das Klinikum Mittelbaden, hier das Rastatter Krankenhaus, soll nach dem Willen des Aufsichtsrats „noch viel stärker zusammenwachsen“.

Foto: F. Vetter

der Vorsitzender des Aufsichtsrats, aus den Häusern in Baden-Baden, Rastatt, Bühl und Forbach solle ein Klinikum entstehen. Teil des Konzepts ist auch eine neue Führungsstruktur, an der Spitze bestehend aus einer Gesamtgeschäftsführung und einem medizinischen und kaufmännischen Leiter über alle Häuser hinweg. Die Stelle des zentralen medizinischen Leiters sei eine „durchgreifende Änderung“, sagte Jung, um „Spielereien“ einzelner Häuser zu beenden, durch die die anstehenden Veränderungen verhindert oder verzögert werden könnten.

„Wir müssen aufhören, in einzelnen Häusern zu denken“, signalisierte Toni Huber uneingeschränkte Zustimmung der CDU-Kreistagsfraktion zu dem Konzept. Huber hob hervor, dass die wohnortnahe Versorgung erhalten bleibt und Versorgungslücken geschlossen werden. Von einer wegweisenden Entscheidung für das Klinikum sprach Karsten Mußler (Freie Wähler). Der Gesetzgeber lasse kleinen Krankenhäusern keine Chance mehr, es fehle an Unterstützung für die flächendeckende

Grundversorgung. Seine Fraktion befürworte das Konzept „voll umfänglich“, wenn auch da und dort mutigere Entscheidungen vorstellbar wären. Schließlich habe der Berater des Klinikums, der Ärztliche Direktor des Uniklinikums Münster, Prof. Dr. Norbert Roeder, derlei standortübergreifende Lösungen schon 2011 vorgeschlagen.

Für die SPD sagte Fraktionschef Jonas Weber, mit der neuen Struktur werde die Erfolgsgeschichte des Klinikums weitergeschrieben. Es müsse etwas geschehen, schließlich seien

die Rahmenbedingungen nicht zu ändern. Ähnlich äußerte sich Wolfgang Jokerst für die Grünen-Fraktion im Kreistag. Es sei eine bedrohliche wirtschaftliche Situation entstanden, und die kürzlich in Berlin beschlossene Krankenhausreform werde den Druck noch erhöhen.

Die Baden-Badener Oberbürgermeisterin Margret Mergen (CDU), Vorsitzende des Aufsichtsrats, sagte, beim Klinikum Mittelbaden gehe künftig Fachlichkeit vor Örtlichkeit. Mit den jetzt angestoßenen Veränderungen mache man sich auf „den gemeinsamen Weg zu einer Klinik der Maximalversorgung für unsere Region“. Auf diese Weise könnten „gute Behandlung und am Ende des Tages auch ein solide dastehendes Klinikum“ erreicht werden.

Sprecher aller Ratsfraktionen dankten Jung für seine Ausführungen und für die Initiative zur Zentralisierung. Armin Schöpflin (CDU) sah die Klinik auf einem sehr guten Weg. Die Veränderungen seien „notwendig und selbstverständlich“. Beate Böhlen (Grüne) betonte, sie habe „großen Respekt“ vor der Leistung Jungs. Kurt Hochstuhl (SPD) freute sich besonders darüber, dass die Neuerungen nicht mit betriebsbedingten Kündigungen einhergingen. Klaus-Peter Ehinger (FW) sagte, er rechne künftig mit einer „Verbesserung der Behandlungsqualität an den spezialisierten Stützpunkten“. Lediglich Marianne Raven (FBB) kritisierte für ihre Fraktion, dass die Veränderungen „nicht mutig genug“ seien. Rolf Pilarski (FDP) signalisierte uneingeschränkte Zustimmung.